

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz

50. Sitzung
7. Mai 2020

Beginn: 10.35 Uhr
Schluss: 14.03 Uhr
Vorsitz: Oliver Friederici (CDU), zeitweise Daniel Buchholz (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0312](#)
Zukunft der Berliner Bäume und des Waldes
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) UmVerk

- b) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin [0259](#)
Fünfte Verordnung zur Änderung der Baumschutzverordnung
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) UmVerk
VO-Nr. 18/154

- c) Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1898
Baumbestand in Berlin stabil halten

[0272](#)
UmVerk(f)
StadtWohn*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1479
Strategien für Bienen und andere Bestäuber in Berlin II

[0211](#)
UmVerk(f)
Recht

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2520
Transparente Darstellung und regelmäßige Aktualisierung der Parameter des Berliner Wasserkreislaufes

[0323](#)
UmVerk
Haupt
WiEnBe(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Mitteilung – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 18/2010
Haushaltsnahe Berliner Altglassammlung in allen Bezirken sicherstellen
Drucksachen 18/0267, 18/0467 und 18/1622
– Wiederkehrender Bericht –
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0317](#)
UmVerk

Hierzu:

- Mitteilung – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 18/2010
Haushaltsnahe Berliner Altglassammlung in allen Bezirken sicherstellen
Drucksachen 18/0267, 18/0467 und 18/1622 –
Wiederkehrender Bericht –
(auf Antrag der Fraktion der SPD)

[0320](#)
UmVerk

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0306](#)
UmVerk
**Altglassammlung in Berlin – Aktueller Stand der
ungewollten Umstellung**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Vorsitzender Oliver Friederici: Hierzu erfolgt eine Anhörung. Angehört wird Herr Andreas Thürmer, der Geschäftseinheitenleiter des Vorstandsbüros der Berliner Stadtreinigung – BSR. Herzlich willkommen! An Ihrer Seite ist Herr Haupt, stelle ich fest. Sie haben zusammen fünf Minuten Zeit. Ich würde die Sache sehr liberal handhaben, aber Sie müssen das bei Ihrem Statement berücksichtigen. – Ich gehe davon aus, dass aufgrund der Anhörung die Anfertigung eines Wortprotokolls nach § 26 Abs. 7 Satz 4 der GO des Abgeordnetenhauses gewünscht ist. – Ich höre keinen Widerspruch.

Die Begründung des Punktes 5 a erfolgt durch die Koalitionsfraktionen und 5 b durch die CDU-Fraktion. Können wir auf eine Begründung verzichten? – Ich sehe Zustimmung. Wunderbar! – Dann können wir gleich zu Ihnen kommen, Herr Thürmer. Sie sind eingeladen worden. Wir danken Ihnen und Herrn Haupt sehr herzlich, dass Sie erschienen sind. Herr Thürmer! Fangen Sie bitte an! – Herzlich willkommen! – Frau Senatorin Günther hat jetzt einen anschließenden Termin und muss das Haus verlassen, aber die Senatsverwaltung ist profunde vertreten durch Staatssekretär Tidow. – Einen guten Weg! – Nun, Herr Thürmer! Beginnen Sie bitte! – Vielen Dank!

Andreas Thürmer (BSR): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung! Wir waren zum Thema Glasumbau in den letzten Monaten und Jahren schon öfter hier. Heute passt es, ehrlich gesagt, aus meiner Sicht besonders gut, denn wir sind in diesem Prozess weit fortgeschritten. Es ist Zeit, ein Resümee zu diesem ganzen Thema Glasumbau in Berlin zu ziehen, und das würde ich gern in den fünf Minuten wahrnehmen. Wir haben uns so geeinigt: Ich mache das jetzt erst mal allein, und wenn nachher Nachfragen sind – Herr Haupt hat die ganze Umstellung koordiniert –, kann er sicherlich auf die einzelnen Fragen sehr gut eingehen.

Ganz kurz zurück zum Anfang: Grundlage für diesen Glasumbau ist die Abstimmungsvereinbarung aus dem Jahr 2017, die zwischen dem Land Berlin und den Dualen Systemen getroffen wurde. Die Ausgangssituation damals war so, dass das Land Berlin die Glassammlung so, wie sie war, erhalten wollte und die Dualen Systeme weitgehend auf eine haushaltsnahe Sammlung verzichten wollten. Weil es nun mal in diesem Verpackungsgesetz so ist, dass speziell bei der Glassammlung das Land keine wirkliche Handhabe hat, allein Vorgaben zu machen, war es geboten, einen Kompromiss auszuhandeln. Der ist dann auch zustande gekommen. In seinem Ziel war der Kompromiss so formuliert, dass der Erhalt der haushaltsnahen Sammlungen bei rund 50 Prozent der Haushalte gegeben sein sollte, dass ein Ausbau der Depotcontainersammlung von 1 500 auf 1 900 erfolgen sollte, und zwar nicht nur im Sinne vom Abbau von haushaltsnahen Behältern, sondern vor allem auch mal zu gucken, wo es eigentlich noch weiße Flecken in Berlin gibt, und da gibt es jede Menge, wo es weder eine haushaltsnahe Sammlung noch haushaltsnah Depotcontainer im öffentlichen Umland gegeben hatte. Das war auch Ziel dieser Geschichte. Wir sollten etwa ein Drittel der haushaltsnahen Behälter abbauen von damals rund 97 000 auf 62 000 Behälter, und dabei sollte das Prinzip der Freiwilligkeit gelten, sprich: Wenn jemand nicht einverstanden ist, wenn sein Behälter haushaltsnah abgezogen wird, dann konnte man Widerspruch einlegen. – Wir haben uns

streng an diesen 300-Meter-Radius gehalten, der hinterlegt war, also nur dort Behälter abziehen, wo in einem Radius von 300 Metern ein Depotcontainer vorhanden war. Last not least war damit auch gemeint, dass man in diesem Gebiet 104 – dort wurden schon 2014 Behälter abgezogen – auf Nachfrage, wenn an anderer Stelle haushaltsnahe Behälter abgebaut werden sollten, wieder welche zurückstellen sollte. Zieldatum für diese ganze Geschichte war der 31. Dezember 2019. Der ist nun verstrichen, und deswegen ist es Zeit, Bilanz zu ziehen.

Der Prozess, den wir dafür gewählt haben, war gekennzeichnet durch eine intensive Information aller Beteiligten im Vorfeld. Wir haben viel mit den Bezirken gesprochen, auch mit den großen Wohnungsbaugesellschaften, mit den Verbänden in diesem Zusammenhang. Wir haben dann 2018 erst mal das Ganze pilothaft ausprobiert, um zu gucken: Verstehen die Leute, was wir von ihnen wollen? Funktionieren die ganze Kommunikationsmaterialien? Welche Ergebnisse erzielt man? – und haben dann 2019 mit dem flächendeckenden Abzug in den entsprechenden Gebieten begonnen.

In diesem Prozess gab es immer eine intensive Kommunikation vor und während des Abzugs, nicht nur in Richtung der Eigentümer, sondern wir haben auch viele Materialien zur Verfügung gestellt, die man dann nutzen konnte, um die Mieter auch entsprechend zu informieren. Dadurch war der Prozess gekennzeichnet.

Was sind die Ergebnisse, die wir nach dieser Zeit erzielt haben? – Rund 86 Prozent aller Haushalte, aller Eigentümer genauer gesagt, die wir im Rahmen dieser Umstellung kontaktiert haben, haben diesen Prozess mitgetragen, haben keinen Widerspruch gegen die Umstellung eingelegt. Wir haben in der Zeit etwa 27 000 Behälter abgezogen. Es fehlen also noch ein paar zum Zielwert. Aufgrund der Depotcontainersituation wären gar nicht wirklich sehr viel mehr möglich gewesen. Wir haben rund 400 Depotcontainer beantragt, davon 350 Stück bei den Bezirken und 50 beim Handel, denn wir wollten auch Flächen beim Handel nutzen. 100 Depotcontainer sind mittlerweile genehmigt, andere sind noch nicht abschließend entschieden. Der Prozess ist an der Stelle noch nicht ganz zu Ende. Wir hatten Rückstellungswünsche aus dem Gebiet 104. Etwa 100 haben uns erreicht. Alle 100 haben wir bedient und konnten wir bedienen durch den Abzug, der an anderer Stelle vorhanden ist. In Summe haben wir an anderer Stelle noch etwa 2 000 zusätzliche haushaltsnahe Behälter wieder im System, weil die Stadt sich natürlich verändert hat und es bestimmte einzelne Situationen gab, wo man auch wieder welche dazugestellt hat.

Fazit aus meiner Sicht: Was lief gut? – Die Kommunikation hat funktioniert. Wir hatten im Rahmen dieser Umstellung ein kaum erhöhtes Beschwerdeaufkommen zu verzeichnen. Die beteiligten Entsorger haben mitgezogen und haben den Prozess entsprechend umgesetzt. Man darf nicht vergessen: Gerade in Bezug auf unser Tochterunternehmen Berlin Recycling ging es letztendlich darum, Geschäft zu reduzieren, gerade bei der haushaltsnahen Sammlung. Das hat funktioniert. Wir hatten überwiegend eine gute Zusammenarbeit mit den Bezirken, mussten aber auch lernen, dass bei dem Thema Depotcontainerstellen verschiedene Interessen im Raum sind, die nicht immer zu 100 Prozent übereingebracht werden konnten. Es hat auch funktioniert, dass wir bislang keine nennenswerten Effekte in Bezug auf den Restabfall zu verzeichnen haben. Die Befürchtung, dass große Verlagerungen von Glas in den Restabfall stattgefunden hätten, hat sich nicht bestätigt.

Was waren die Hauptprobleme in dem Prozess? – Ich will mal eine Sache ansprechen. Wir haben beim Handel keinen einzigen Depotcontainer gestellt gekriegt. Es ist ein bisschen schade für meine Begriffe, dass es dort überhaupt keine Bereitschaft gab, das zu unterstützen, denn der Handel ist in dem Sinne wichtig. Wenn ich zum Getränkeshändler gehe und mir neue Getränke hole, ist es relativ naheliegend, dass man dort auch sein Altglas loswerden könnte. Da sind wir noch nicht so richtig zum Zuge gekommen. In dem Zusammenhang gab es wenig Unterstützung von den Dualen Systemen, die letztendlich auch deren Kunden sind. Das hat nicht funktioniert. Ich will nicht verhehlen: Wir hatten am Anfang bei dieser Umstellung Probleme mit Überfüllung bei Depotcontainern im Rahmen dieses Umstellungsprozesses, denn die Dienstleister konnten nicht schnell genug einschätzen, wie oft man denn leeren muss, wenn diese Umstellung passiert ist. Das hat am Anfang zu ein paar Problemen geführt. Die sind für meine Begriffe mittlerweile alle gelöst. Die Rhythmen sind angepasst. Sie werden deutlich häufiger geleert als vorher. Teilweise haben die Dienstleister an den Standorten, wo Depotcontainer schon genehmigt sind, noch zusätzliche Behälter beantragt, damit man mit der Menge klarkommt.

Für die Zukunft sei gesagt: Aus unserer Warte ist der Prozess jetzt weitgehend abgeschlossen. Wir haben nicht vor, das noch sehr viel länger weiterzuführen. Das Ergebnis, das wir erreicht haben, ist, glaube ich, von allen Seiten akzeptiert. Wir halten eine weitere Optimierung des Systems für sinnvoll, insbesondere auf das Thema weiße Flecken. Die gibt es nämlich immer noch in Berlin, auch im jetzigen Zustand. Ich würde mich aber freuen, wenn man weiter darüber nachdenkt, wie man das System weiter umgestalten kann vor dem Hintergrund eines akzeptablen, angemessenen Komforts – wie können wir die ökologische Wirkung weiter verbessern in Bezug auf Glasqualität und Mengen? – Und last not least: Wie kann das System weiter ökonomisch tragfähig sein? – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Thürmer, für Ihr Referat! – Jetzt für den Senat die Stellungnahme durch Herrn Staatssekretär Tidow. – Bitte sehr!

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Mit Blick auf die Zeit würde ich darauf verzichten, denn inhaltlich und in der Sache hat Herr Thürmer wirklich ausführlich berichtet, Ergebnisse präsentiert. Meine politische Einschätzung fällt ganz ähnlich aus. Insofern würde ich es hierbei beruhen lassen und gegebenenfalls am Ende der Aussprache noch mal das Wort ergreifen. – Danke sehr!

Vorsitzender Oliver Friederici: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann kommen wir zur Aussprache. Herr Freymark für die CDU-Fraktion als Erster, dann Herr Buchholz und Herr Kössler. – Herr Freymark, bitte sehr!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank! – Herr Thürmer! Ich habe eine hohe Wertschätzung für die BSR, Berlin Recycling. Ich weiß, dass Sie einen guten Job machen. Nichtsdestotrotz haben Sie etwas übernommen oder mittätigen dürfen, wo in der ursprünglichen Vereinbarung aus meiner Sicht missgeschickliche Vereinbarungen getroffen wurden. Herr Staatssekretär Tidow hat die ein Stück weit geerbt und durfte sie mit fortführen. Aus meiner Perspektive haben wir hier gemeinsam einen Antrag formuliert, spätestens im Jahr 2017 noch mal, in dem stand: Alle notwendigen Maßnahmen sind zu ergreifen usw., um die Altglassammlung im Holprinzip zu erhalten. – Das ist uns offensichtlich nicht gelungen. Dafür können Sie möglicherweise am wenigsten. Nichtsdestotrotz: Die Dualen Systeme sind heute nicht da, was ich

sehr bedauere, denn ich hätte gern erfahren, wie die Diskussion über die Abstimmungsvereinbarung inklusive der Nebenentgelte verlaufen ist, im Übrigen auch, welche Rolle die Nebenentgelte dabei gespielt haben, nämlich in der Frage, was tatsächlich Vorrang hatte in der Abwägung dieser Vereinbarung. Ging es am Ende um die Nebenentgelte, oder hätte man, wenn man darauf zumindest teilweise verzichtet oder andere Vereinbarungen getroffen hätte, vielleicht mehr Behälter im Holprinzip erhalten können?

Warum sage ich das alles? – Weil ich weiß, dass das Altglas in seiner Menge zurückgegangen ist. Das ist logisch. Wir wissen alle, wie sich Konsumenten verhalten. Zweitens tragen wir mit ca. 5 000 Depotcontainern in der Stadt nicht zur optischen Verschönerung bei. Die sind zwar gut konzipiert, aber fast alle bemalt, beschmiert, bekrakelt, werden vermüllt, werden zugemüllt usw. Das finde ich nicht angemessen und nicht schön. Gut, es geht nicht nur um meinen Geschmack, aber nichtsdestotrotz höre ich das auch anderenorts und oft.

Dann das Thema Fußläufigkeit: Die CDU-Fraktion hat noch mal einen Antrag in das Parlament eingebracht. Sie schreiben auf der Webseite der Berlin Recycling: innerhalb von 500 Metern erreichbar. – Selbst das wird nicht erzielt. Herr Thürmer! Jetzt sprachen Sie noch mal von 300 Metern. Ich weiß, dass Sie Ihr Bestes geben, gar keine Kritik. Ich weiß aber auch, wie schwierig es ist, alle Standorte so abzudecken, dass man die tatsächlich 300 Meter fußläufig erreicht. Also auch hier gibt es ein Defizit, wofür ich die Senatsverwaltung mit in die Pflicht nehme. Deswegen die konkrete Frage: Welche Kosten wären denn für das Land Berlin entstanden, wenn wir das System so aufrechterhalten hätten, wie es das Parlament einstimmig gewünscht hat? Wie hoch wäre der Betrag gewesen, den wir hätten als Parlament möglicherweise gewähren müssen, damit wir das Holprinzip erhalten können? Wie bewertet der Senat die zukünftigen Abstimmungsvereinbarungen? Ich weiß gar nicht, wann die nächsten sind. Wahrscheinlich steht das irgendwann wieder an. Geht es dann weiter? Werden wir beim nächsten Mal nur 40 000, 30 000, 10 000 Behälter in den Hinterhöfen haben? Mir geht es nicht nur um die Bewertung der Vergangenheit, sondern auch um den Ausblick in die Zukunft. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Herr Thürmer und Herr Haupt! Wir machen es so, dass wir jetzt die Fragen der Abgeordneten sammeln und Sie dann im Anschluss am Ende darauf kurz antworten können, damit Sie die Möglichkeit haben, auch noch die Position zu vertreten. Das Unternehmen Duales System ist aufgerufen worden. Wir hatten es ursprünglich eingeladen für die heutige Anhörung. Am Donnerstag, nach Verständigungen in der Sprecherinnen- und Sprecherrunde, hatten wir uns per Mail sofort an das Duale System gewandt, und leider ist es am Anfang dieser Woche abschlägig beschieden worden. Es ist entschuldigt worden, dass das zu kurzfristig sei. Das nur als Hinweis für die Fragen, warum heute die BSR alleine hier angehört wird. Wir haben jetzt auf der Redeliste Herrn Buchholz, Herrn Kössler, Frau Platta und Herrn Schmidt. – Herr Buchholz für die SPD-Fraktion! – Bitte sehr!

Daniel Buchholz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank zunächst einmal an den Anzuhörenden – es ist bisher nur der eine – Herrn Thürmer für die Informationen! – Herr Kollege Freymark! Wir sind bei der Analyse total beieinander. Das Abgeordnetenhaus hat nicht ohne Grund, ich war nicht ganz unschuldig daran, zweimal schon, in der letzten Legislaturperiode und in dieser Legislaturperiode, einstimmig beschlossen: Wir wollen die bewährte Haus- und Hoftonnen-Sammlung des Altglases in Berlin erhalten, auch wenn wir damit anders sind als andere Städte in Deutschland. Das wissen wir, und trotzdem ist es ein sehr bewährtes System, das wir eigentlich komplett zurückhaben wollen. Und da sehen wir schon einen Teil des Problems, auch wenn der Vorsitzende gerade darauf hingewiesen hat, dass das Duale System sich wegen Kurzfristigkeit entschuldigt hat. Ich finde es ein Unding, dass niemand von dieser Organisation hier anwesend ist, denn das, was wir hier mit der BSR besprechen, müsste sich eigentlich die Duales System Deutschland GmbH anhören, die wirklich Verantwortlichen für das Desaster, das wir hier bei der Altglassammlung in Berlin erleben. Das geht eigentlich so nicht, und es ist nicht das erste Mal, dass sie sich dieser öffentlichen Diskussion entziehen und dann praktisch immer die städtische BSR sich die Prügel abholen muss für das, was hier umgestellt wird. Das passt nicht, muss ich mal ganz deutlich sagen.

Jetzt zu den Inhalten: Sie haben dargelegt, Herr Thürmer, dass von ursprünglich geplanten 34 000 abziehenden Tonnen bis auf 7 000 Tonnen alle abgezogen worden sind. Die 7 000 haben also insofern Glück, kann man auch mal so herum sagen, dass das, was Sie eigentlich wollten, nicht passiert ist, dass die Haus- und Hoftonnen zur Altglassammlung weggekommen sind. Sehr bemerkenswert sind die Zahlen, die Sie zum Neuaufstellen von Altglasiglus genannt haben, dass 400 neue Standorte kommen sollten. Davon sind jetzt nur 100 entstanden, und zwar ausschließlich auf öffentlichem Grund und Boden. Auch da sieht man einen Geburtsfehler dieses ganzen Systems. Diejenigen, nämlich die Firmen – am Anfang ist das ja noch Frischglas –, die Lebensmittel und Getränke in Glas verkaufen, sind nicht bereit, auf ihrem Standort, und wir haben diverse große Supermärkte, Discountermärkte, die riesige Parkplätze vor ihren eingeschossigen Supermärkten haben, einen Altglascontainer aufzustellen. Das ist eigentlich, was Marktwirtschaft angeht, totaler Schwachsinn. Das muss man einfach mal sagen. Die entziehen sich da komplett ihrer Verantwortung. Es ist bezeichnend, woran man auch wieder sieht, dass das ganze System krank ist. Ich sage es schon seit Jahren. Diese ganzen Dualen Systeme sind ein lebender Zombie, wirtschaftlich und finanziell eigentlich gar nicht lebensfähig und hätten eigentlich schon vor Jahren abgewickelt werden müssen.

Und da kommen wir wieder mal zum grundsätzlich Politischen, Herr Freymark. Alles, was Sie als CDU-Fraktion und andere von der Opposition gerne mal vorschlagen, ist leider große

Augenwischerei. Auch Ihr neuester Antrag, den Sie jetzt ins Plenum eingebracht haben, ist an Augenwischerei politisch nicht zu überbieten, denn da sagen Sie: Der Senat soll mal irgendwas tun, dass die Leute nicht so lange bis zum nächsten Altglasiglu laufen müssen. Mit Verlaub, dass wir dieses Problem haben, dass es überhaupt ein Duales System gibt, das wirtschaftlich gar nicht mehr funktioniert, hat nicht der Berliner Senat verbochen und auch nicht das Abgeordnetenhaus, sondern das lassen sie weiter auf der Bundesebene zu. Die SPD-Fraktion im Bundestag wollte das ändern. Das haben Sie nicht mitgemacht. Nicht Sie als Person, aber die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag hat das schlichtweg verhindert, dass wir das hier anders machen können. Das Land Berlin hat über den Bundesrat versucht, die gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene zu ändern. Das haben Sie nicht mitgemacht. Dafür gab es keine Mehrheit im Bundestag. Das ist das Grundproblem, und alles andere ist hier Herumdoktern an Symptomen, die wir leider grundsätzlich nicht ändern können. Und ob es dann die letzte Umstellung ist, mit oder ohne Nebenentgelten, die da kommen, um irgendwelche Umfeldreinigungen zu machen, das ist eigentlich immer die kleine weiße Salbe, um vor Ort die Leute ruhig zu halten. Fürs Protokoll: Herr Kollege Freymark nickt. Das finde ich gut, dass er jetzt gerade nickt.

Aber noch mal zu diesen Aufstellungen der neuen Altglasiglus: Wir sehen, die Wirtschaft entzieht sich ihrer Verantwortung komplett und meint, das ist alles bei den Kunden, die Kunden zahlen das an der Ladenkasse, und dann haben die Discounter, die Unternehmen, die Supermärkte damit nichts mehr zu tun. Das ist ein absolutes Unding. Das kann eigentlich nicht sein. Kann der Senat noch mal andere Instrumente versuchen aufzurufen in Berlin, weil man ja eigentlich nur verzweifeln kann, dass es so ist? Die Inverkehrbringer, die Supermärkte, die Discounter, entziehen sich ihrer Verantwortung. Ob man dort irgendwie etwas anders rangehen könnte, wäre die erste Frage.

Dann ist die Frage: Wie stellt sich das mit den Abständen wirklich dar? – Kollege Freymark sagt, es sind bis zu 500 Meter. Herr Thürmer, Sie können uns hier Stein und Bein schwören, es sind bis zu 300 Meter. Ich hatte auch mehrere Anfragen von Genossenschaften, von einzelnen Mieterinnen und Mietern. Wir sind den Fällen einzeln nachgegangen. Da kamen dann immer tatsächlich die 300 Meter heraus. Ich kann es bestätigen, was Sie sagen. Vielleicht kann der Widerspruch hier noch mal aufgeklärt werden. – Dann haben Sie eben gesagt, es gibt beim Restabfall, Herr Thürmer, aktuell kein Problem, dass die Leute ihr Altglas, weil es so weite Wege sind zu den Iglus, mehr in die schwarze Restmülltonne schmeißen. Da hätten Sie aktuell keine Effekte gemessen. Ist das eine alte Aussage, oder sind das neue Untersuchungen? Haben Sie da neue Daten, die Sie uns dann auch mitteilen könnten? Ich möchte auch darauf hinweisen, dass nicht ohne Grund z. B. der Umweltverband BUND ganz bewusst eine Kampagne gestartet hat: Wir wollen unsere Altglastonnen behalten/zurückhaben –, die wir sehr unterstützen. Auch da wird natürlich vor Ort immer wieder klar, viele Seniorinnen und Senioren, viele Leute, die nicht so gut zu Fuß sind, sagen: Das kann eigentlich nicht sein, dass die bewährten Haus- und Hoftonnen wegfallen. Wir wollen nicht zum nächsten Iglu laufen, wo wir dann oftmals einen vermüllten Platz erleben, der nicht wirklich attraktiv und zu weit weg ist von dem Standort, wo wir gerade leben und wohnen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Vielen Dank! – Ich weise darauf hin, das offizielle Sitzungsende ist bereits erreicht. – Herr Kössler für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bitte sehr!

Georg Kössler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an Herrn Thürmer und die BSR, dass Sie hier sind und sich wiederholt unseren Fragen stellen! Das Thema ist nach wie vor heiß, und ich freue mich, dass ich dieses Mal nicht der bin, der sich allein vor Senat und BSR werfen muss. Herr Kollege Buchholz hat das formidabel gemacht und darauf verwiesen, wo der Hase im Pfeffer liegt, nämlich wie so oft auf der Bundesebene. Das wird man natürlich ab 2021 hoffentlich noch mal neu diskutieren können. Das muss aber nicht Thema hier sein. Unser Senat und insbesondere Herr Tidow haben sich wahnsinnig dafür eingesetzt, wir haben das als Koalition mitbekommen, dass es zumindest das Prinzip der Freiwilligkeit gibt. Ich freue mich zu hören, dass 100 Tonnen, es sind doch nicht so viele, wie ich gedacht habe, auch wieder komplett zurückgestellt wurden. Da geht man dem nach. Die Frage wäre jetzt noch mal, vielleicht haben Sie das gesagt und ich habe es nicht mitbekommen oder es steht in einer der zahlreichen Mitteilungen: Wie viele Briefe und Mails mit Widerspruch gab es denn, und wurden dann die Tonnen dort doch nicht abgezogen? Oder hat man bei einigen gesagt, bei euch macht es wirklich Sinn, und ist noch mal in die Kommunikation gegangen? Ob es da eine Zahl gibt, um sich da mal einen Eindruck zu verschaffen: Sind es auch nur 100? Das würde mich erstaunen, weil die Aufregung in der Stadt durchaus größer war. Oder sind es mehr?

Herr Buchholz hat zu Recht auf die Kampagne vom BUND hingewiesen, die wirklich sehr gut passt zur Strategie der BSR und des Senats, nämlich: Wir müssen den Systemwechsel machen. Wir machen ihn aber mit Freiwilligkeit. – Der BUND macht dazu eine wunderbare Aufklärungskampagne und hilft den Leuten, damit Sie das auch gleich im richtigen Format zugeschickt bekommen. Ich verstehe nicht ganz, warum die CDU eine ähnliche Website aufgebaut hat. Mein Tipp an alle Berlinerinnen und Berliner: Gehen Sie auf die CDU-Webseite, schreiben Sie ihnen eine Mail und sagen, sie sollen ihren lokalen Bundestagsabgeordneten Bescheid sagen, dass das demnächst nachgebessert werden müsste! Wenn Sie Beschwerden wegen der Altglastonne haben, machen Sie es aber über den BUND.

Ich habe ein paar konkrete Fragen: Ich habe einen Brief bekommen von der Berlin Recycling, allerdings schon Anfang 2019, dass bei mir die Tonnen abgezogen werden, und frage mich da bei zwei Sachen – erstens: Ich wohne in der Innenstadt in dem Bereich, der in sämtlichen Meldungen rot markiert war. Da soll gar nicht abgezogen werden. Es ist in dem Brief, der wirklich sehr gut geschrieben ist, gut erklärt, es macht Sinn, ich würde ihnen die Tonnen fast hinterherschmeißen, aber es fehlt das Widerspruchsrecht, obwohl wir uns darauf geeinigt haben. Das ist vom 5. Februar 2019. War das kurz davor? War das die erste Welle? War das nur ein Fehler? Das wollte ich Sie immer mal fragen.

Die zweite Sache: Wir haben viele große Wohnungsbaugenossenschaften, vor allem die großen städtischen. Die sind die Ansprechpartner. Die müssen für die Leute, die bei ihnen wohnen, handeln und für die Leute, die dort wohnen, sagen: Nein, wir wollen sie behalten. – Gibt es von den großen städtischen WBGs irgendeine, die das nicht beantragt hat per se? Dann können wir nämlich, wenn wir angeschrieben werden von Bürgerinnen und Bürgern, sagen: Ja, aber eure Wohnungsbaugenossenschaft hat sich da für euch reingeworfen oder hat sich das gar nicht angeguckt. – Wie ist das? Da würde ich gerne Namen wissen. – Auch ein bisschen konkreter die Qualität des Altglases. Sie sagen, die Mengen haben sich nicht viel verändert. Da gibt es ja wahrscheinlich irgendwann Zahlen, oder kommen die demnächst irgendwann heraus? Wie haben sich die Altglasmengen verändert, im Restmüll ganz konkret, generell die Sammelmengen? Die Qualität wird ja zugenommen haben durch die verbesserte Sortierung

bei den Iglus, weil da nach drei Farben sortiert wird. Ist das quantifizierbar, weil das für uns gerade in Richtung Ökos da draußen in der Stadt ganz wichtig ist?

Die letzte Frage ist: Die Umstellung sollte bis Ende letzten Jahres oder bis zum 1. Januar dieses Jahres abgeschlossen sein. Jetzt ist sie aber nicht abgeschlossen, weil ein paar Bezirke die Standorte noch nicht genehmigt haben oder es auch gar nicht wollen. Manche sagen auch, sie machen es aus Prinzip nicht, was angesichts enger öffentlicher Räume meines Erachtens teilweise auch sehr verständlich ist, aber das ist eine andere Sache. Ist es jetzt abgeschlossen und sie lassen von den Standorten ab, oder werden die trotzdem noch nachbehandelt? Da, wo noch kein neuer Iglu hinkam, weil die Bezirke dem nicht stattgegeben haben, gehe ich richtig in der Annahme, dass dort dann auch keine Hoftonnen im Umkreis von 300 Metern abgezogen wurden? Ich glaube, das ist so, aber bitte sagen Sie uns das hier noch mal fürs Protokoll.

Die Frage nach dem Investitionszuschuss, den die Dualen Systeme der BSR zahlen, der auch nur bis Ende letzten Jahres vertraglich vereinbart war für eine Anzahl von Tonnen. Diese Tonnumstellung ist nicht erfolgt, weil noch nicht alle Standorte vorhanden sind. Kriegen Sie dann weniger Geld? Bleibt die BSR, bleiben wir auf den Kosten sitzen, oder gibt es da irgendeine Vereinbarung mit den Dualen Systemen? Herr Buchholz hatte es schon gesagt, der Verweis auf, oder Herr Freymark war es, glaube ich, die Bundesebene, auf die anstehende Novelle des Verpackungsgesetzes. Ich gehe davon aus, dass der Senat sich da wiederholt und weiterhin für die Berliner Eigenart des Holsystems einsetzt.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Als Nächste Frau Platta für Die Linke, bitte!

Marion Platta (LINKE): Vielen Dank für die vorangestellten vielen Fragen, die es schon gab! Deshalb kann ich es ganz kurz machen. Wir haben auch schon viel Zeit überschritten. Mich interessiert tatsächlich: Wie war denn die Begründung bei den einzelnen Händlern? Wenn Sie sagen, Sie hatten geplant, 50 Depotcontainer bei Händlern aufzustellen, es sind null gekommen, was sind die konkreten Gründe, oder gab es gar keine Reaktion? Das wäre auch eine Variante gewesen. Immer in die Zukunft geblickt: Wir wollen natürlich unsere Stadt nicht mit diesen Iglus und Depotcontainern verschandeln. Wir haben auch beim Mobilitätsgesetz von Behindertenverbänden gehört, dass die teilweise nicht gut erreichbar sind. Wir hatten schon in den vergangenen Anhörungen gute Lösungen hier vorgestellt bekommen mit den Unterflurbehältern, den Unterflursystemen. Geht es denn da voran in der Stadt, oder nicht? – weil letztendlich das durchaus die Lösung sein könnte, an dem einen oder anderen beengten Standort, wenn man da unter die Erde geht.

Als letzte Frage die Digitalisierung: Es wird immer gesagt, die Dinger sind überfüllt usw. usf. Wann ist denn da der Einstieg geplant, oder müssen wir da auch die Dualen Systeme direkt fragen, um Füllstandsmesser zu haben usw. usf., oder können Sie von Berlin Recycling uns da auch schon weiterhelfen bei der Beantwortung dieser Fragen? Ansonsten sehe ich es so wie die anderen, dass das ganze Spiel eigentlich noch nicht am Ende ist. Wir müssen schon sehen, dass wir eine Umstellung hinbekommen, dass die Kommunen mehr Einflussmöglichkeiten haben. In Richtung Bund ist schon diskutiert worden. Deshalb muss ich noch mal appellieren, dass wir uns nach und nach viel mehr dafür einsetzen müssen, auf Mehrweg zu kommen, so dass wir dieses System irgendwann mal überwunden haben. – Danke!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke Ihnen, Frau Abgeordnete! – Als Nächster Herr Schmidt für die FDP-Fraktion, bitte!

Henner Schmidt (FDP): Danke, Herr Vorsitzender! – Ziemlich viele Fragen, die ich hatte, haben schon die Kollegen gestellt. Die kann ich mir sparen. Zwei Bemerkungen vorab: Jetzt ist Herr Buchholz nicht da, aber die Supermärkte sind nicht die Inverkehrbringer, es sind die Hersteller, und die zahlen eine Abgabe. So funktioniert das System, und das hat auch bisher ganz gut dazu geführt, dass insgesamt die Mengen an Abfall zurückgegangen sind. Richtig ist natürlich das, was Frau Platta sagte, wir wollen eigentlich Mehrwegflaschen und nicht Glasrecycling in erster Linie. Das Abgeordnetenhaus hat mit allen Fraktionen ganz klar gesagt, dass, weil die Menschen es so wollen, wir natürlich für die Hoftonnen sind. Das geht aber nicht immer. Bei der Abstimmungsvereinbarung hat der Senat nicht so viel zu sagen. Da ist es sicherlich richtig, in Zukunft zu überlegen, wie man beim Bund dafür sorgt, dass dort das Gewicht der Kommunen etwas stärker ist.

Übrigens, die Bemerkung von Herrn Freymark, die Nebenentgelte sind keine Kompensation für zusätzliche Aufwendungen der Entsorgung. Die haben einen ganz anderen Zweck, und das was Sie suggeriert haben, dass sie sozusagen zusätzliche Aufgaben ausgleichen können, das wäre eine falsche Verwendung, die so bestimmt nicht geht. Das wollte ich doch noch mal sagen.

Bei mir sind nur noch zwei kleine Fragen übriggeblieben. Zum einen noch mal konkret zu den Standorten, was denn jetzt wirklich der Ansatz ist, um die sehr große Lücke zu füllen zwischen beabsichtigten Standorten von Iglus und tatsächlich bereits erzielten. Und dann ist mir noch aufgefallen, es gibt Gebiete, da wohne ich z. B., wo es Hoftonnen gibt und Iglus. Halensee ist so ein Fall. Das sieht man auch auf der Karte, die da beigelegt ist. Was ist da eigentlich? Sind das Gebiete, bei denen nach und nach auch die Hoftonnen verschwinden, obwohl sie im roten Bereich sind, oder warum hat man da eigentlich beides?

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Als Letzter auf der Redeliste, Herr Freymark für die CDU-Fraktion! – Bitte!

Danny Freymark (CDU): Nur ganz kurz noch mal, weil das eine oder andere auch in unsere oder meine Richtung adressiert war: Es ist relativ klar, die Abstimmungsvereinbarung wird zwischen dem Dualen System und der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz unterzeichnet. Niemand zwingt einen der beiden oder beide, diese Unterschrift zu leisten. Demnach können wir gerne über die Bundesebene diskutieren. Bisher ist in achteinhalb Jahren meiner Tätigkeit hier niemand an mich herangetreten mit der Bitte, dass wir dort die Kollegen kontaktieren. Aber ich finde es gut, dass man dazu die Gespräche noch mal sucht. Das will ich auch ganz offen und klar anbieten. Und weil auch gesagt wurde, man müsse sich vor die BSR stellen: Ich glaube, ich habe hier kein einziges Statement vernommen, wonach die BSR für irgendeine Thematik schuldig gesprochen wurde. Ganz im Gegenteil, ohne die BSR und die Berlin Recycling würde vieles gar nicht so gut laufen. Deswegen vielen Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass Sie das hier so gut gewährleisten, und die Bitte auch an die Senatsverwaltung, noch mal Stellung dazu zu beziehen, denn die Nebenentgelte waren damals das Hauptargument des damaligen Staatssekretärs Gaebler, zu sagen: Diese Verhandlung war so schwer, und weil er dort Kompromisslinien irgendwie für sich gesucht hat oder Nebenentgelte hochhalten wollte, hat er bei der Abstimmungsvereinbarung seine

Unterschrift geleistet. Die Nebenentgelte wurden dargestellt als Hauptthema, und das würde mich sehr verwundern, wenn die Nebenentgelte tatsächlich die entscheidende Komponente bei dieser Frage wären. Im Gegenteil, die Nebenentgelte spielen eine ganz untergeordnete Rolle, weil sie auch eine ganz andere Aufgabe haben.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Die Runde der Abgeordneten ist damit erschöpft. – Herr Thürmer, Sie haben das Wort! Ich habe vernommen, es gibt einige Fragen, die doppelt gestellt wurden.

Andreas Thürmer (BSR): Ich würde erst mal an Herrn Haupt geben.

Vorsitzender Oliver Friederici: Sehr gerne! Herr Haupt fängt an, und dann machen Sie das unter sich aus. Bitte auch hier wieder auf Zeiteffizienz achten! – Vielen Dank!

Hendrik Haupt (BSR): Ich versuche, es schnell zu machen. Ich hoffe, ich vergesse nichts zu den konkreten Fragen. Es ging einmal um den Handel. Das kam aus mehreren Richtungen. Wir haben Handelseinrichtungen angesprochen. Es ging um Begründungen. Es ist beim Handel eine etwas schwierige Ansprechsituation. Filialisten sind hier vor Ort. Die Zentralen sind woanders. Einzelne Filialisten waren bereit und haben gesagt: Ja, das könnte man machen. – Die Zentralen haben sie zurückgepiffen. Begründungen sind häufig, und das ist auch so: Die Parkplätze gehören nicht mehr der einzelnen Handelseinrichtung. Die Immobilien sind an irgendeinen Vermieter vergeben, und der müsste das freigeben. Das ist häufig wie so eine Art Parkraumbewirtschaftung auf diesen Parkplätzen. Insofern ist es schwierig. Wir haben uns da ein bisschen die Zähne ausgebissen, um erst mal an einen richtigen Ansprechpartner zu kommen, und haben darum einmal die Dualen Systeme gebeten, mit ihren Auftraggebern zu sprechen, uns Ansprechpartner zu nennen. Dankenswerterweise ist SenUVK jetzt auch noch mal in die Rolle geschlüpft und hat gesagt: Wir sprechen auch noch mal über die Handelsverbände gezielt den Handel an, um dort weiterzukommen. – Das ist im letzten Jahr nicht mehr erfolgt. Das wird weiter bearbeitet werden und ist sicher durch Corona auch ein bisschen ausgebremst worden, also schon Begründung, manchmal sah es ein bisschen wie eine herbeigeholte Begründung aus, oder eben tatsächlich auch keine Reaktion. Es ist schwierig, den Handel dort anzusprechen.

Zu der Frage 300 Meter, 500 Meter: Wir haben ausschließlich Kundinnen und Kunden kontaktiert im Umkreis von 300 Metern. Wir haben uns dazu einer Grafiksoftware bedient, und überall wo ein Pünktchen innerhalb des Radius war, die haben auch einen Brief bekommen und niemand anderes. Es ist niemand anderes angeschrieben worden. Der Brief, den Herr Kössler genannt hat, aus dem letzten Januar – das hatten wir, glaube ich, vor einem Jahr schon mal – das war ein ziemlich peinlicher Fehler, der dort unterlaufen ist. Es ging um vermüllte Tonnen oder Ähnliches oder schwierige Ladestellensituationen, und da ist zwar ein schöner Brief, aber ein falscher Brief genutzt worden. Bei allen Briefen, die rausgegangen sind, war das Widerspruchsrecht eingeräumt.

Die Frage nach der Wohnungswirtschaft: Die Wohnungswirtschaft ist informiert worden, die größere auch direkt mehrfach über die Kundenberater der Berlin Recycling oder auch mal der BSR. Nach meinem Dafürhalten hat die Wohnungswirtschaft das sehr verantwortungsvoll wahrgenommen. Es gab niemanden, der das einfach durchgewinkt hat. Die haben der Berlin Recycling Listen zurückgespielt und gesagt: Hier ist das in Ordnung, hier kann man abziehen.

Nein, an diesen Standorten auf gar keinen Fall, denn da ist eine Behinderteneinrichtung drin, oder: Das ist betreutes Wohnen oder Ähnliches. – Die haben sich durchaus verantwortungsvoll damit auseinandergesetzt. Nach meinem Dafürhalten eigentlich jede städtische Gesellschaft und auch jede Genossenschaft. Größere Privatvermieter im Großen und Ganzen auch, die haben das sehr verantwortlich gemacht. Dazu hatten wir uns der beiden Verbände bedient, den BBU für die Städtischen, den BFW für die Privaten. Dort gab es auch rege Kontakte und auch so eine Art kleine Hotline zwischen uns. Probleme sind immer relativ schnell besprochen und ausgeräumt worden. Ich muss an der Stelle auch mal eine Lanze für die Vermieter brechen, die wirklich verantwortlich damit umgegangen sind. Die hätten sich auch auf die Hinterbeine stellen können und sagen: Komm, lasst uns! Wir widersprechen überall. – Nein, die haben das wirklich einzeln bewertet.

Das Thema 500 Meter könnte eigentlich nicht sein, Herr Freymark. Wenn das so ist, bitte noch mal eine Info! Das hätte nicht sein können, nicht sein dürfen. Wir haben auch nur die angesprochen, wo zu dem Zeitpunkt schon Depotcontainer gestanden haben. Wir haben nicht im Hinblick auf die Hoffnung, da kommt jemand hin, Kunden kontaktiert, nein, nur an bestehenden Standorten. Diese 100 Standorte sind bis zum Jahresende erreicht worden. Es gibt viele Bezirke, in denen noch größere Abstimmungen ausstehen. Das machen die Dienstleister dort weiter. Ich denke, wenn diese Bezirke abgearbeitet sind und auch in anderen Bezirken noch kleinere Dinge, dann wird man irgendwann einen Stand haben. Ich weiß nicht, wo wir ankommen. Dann kann man noch mal darüber befinden: Wie geht man weiter mit den AWBs um? Aber es ist momentan nicht vorgesehen, zu sagen: Es gibt noch weitere AWB-Einzüge. – Das wäre jetzt ein Flickenteppich. Das wird man später entscheiden müssen.

Zu den Investzuschüssen: Für alles, was bis Jahresende passiert, sind diese Investzuschüsse in Rechnung gestellt worden. Wie es mit weiteren Investzuschüssen aussieht für Dinge, die da vielleicht noch kommen, muss man sehen, muss man sicher später besprechen. Das weiß ich jetzt. – Ist noch eine Frage offen?

Vorsitzender Oliver Friederici: Vielen Dank! – Herr Thürmer, bitte sehr!

Andreas Thürmer (BSR): Noch zwei Ergänzungen von mir: Sie hatten nach den Mengen und nach der Qualität gefragt. – Es ist so, wir haben nicht direkt selber den Zugriff; wir machen eigentlich immer das Resultierende. Wir gucken uns den Restabfall an. Da gibt es zwei Untersuchungen, die man vergleichen kann. Wir hatten eine Untersuchung aus 2014. Das waren Daten, bevor in dem Gebiet 104 Glas abgezogen wurde, und konnten damals feststellen, dass wir etwa 13 Kilogramm pro Einwohner und Jahr Glas im Restabfall haben. Wir haben 2018 diese Untersuchung wiederholt. Das ist natürlich noch vor der jetzigen Umstellung, allerdings mit dem vollen Effekt der Umstellung, die damals in 104 passiert ist, und da konnten wir feststellen, dass wir 12 Kilogramm Glas pro Einwohner im Restabfall haben. Das mag jetzt eine statistische Unschärfe sein, aber auf jeden Fall kann man aus dieser Geschichte nicht ableiten, dass wir stärker steigende Glasmengen im Restabfall gefunden hätten.

Eine zweite Zahl, die kriege ich aber auch nur als Bericht, und zwar: Wie sind die Glasmengen insgesamt in Berlin? – Die sind nach der Geschichte in 104 zwischenzeitlich ein bisschen zurückgegangen. 2019 sind wir wieder auf diesem Niveau gewesen, das auch vorher erreicht war. Wir haben ungefähr die gleichen Glasmengen wie vorher. Was man dabei noch wissen muss, ist, wir haben möglicherweise eine größere Qualität, wenn wir mehr Depotcontainer

haben, zwei Beispiele: Es ist schwierig, eine Toilettenschüssel in einen Depotcontainer zu werfen, und es ist schwierig, Fensterglas dort unterzubringen. Das findet man natürlich in großen Mengen zum Teil in diesen haushaltsnahen Sammlungen. Deswegen trägt das natürlich schon zur Qualitätsverbesserung bei.

Noch ganz kurz zu den Unterflursystemen: Wir sind dabei, das auszubauen. Wir haben über 200 Systeme im Einsatz. Das ist nicht immer so einfach, vor allem im öffentlichen Straßensystem. Ich würde mich freuen, wenn – das hatte ich vorher damit gemeint, weiterer Ausbau des Systems – man gerade über neue Quartiere usw. nachdenkt, denken wir an die Nachnutzung von Tegel, wenn wir da wirklich gemeinschaftlich dafür sorgen, dass wir zukunftsorientierte Entsorgungssysteme dort installieren, auch wegkommen von der einzelnen Tonne vor der Haustür. Wenn Sie sich solche Siedlungen angucken mit Reihenhäusern, wo drei Viertel vom Garten mit unseren Tonnen vollstehen, ist es meiner Meinung nach auch nicht der Weisheit letzter Schluss. Da kann man sicherlich, wenn man neue Quartiere kreiert, insgesamt auch das Entsorgungssystem verbessern, selbstverständlich dann auch die Glassammlung entsprechend so organisieren.

Dann war noch die Frage: Bleiben wir auf dem Geld sitzen, wenn Behälter nicht umgestellt werden? – Das System war so, dass wir diesen Sockelbetrag von 1,17 Euro weiter zur Verfügung haben für die Nebenentgelte, und für jeden abgezogenen Behälter und jeden aufgestellten Depotcontainer gab es dann eine Prämie der Dualen Systeme. Wenn keine Behälter abgezogen oder keine Depotcontainer aufgestellt werden, gibt es logischerweise auch kein Geld. Insofern haben die Dualen Systeme sich das in dem Umfang gespart. Wir bleiben aber jetzt im eigentlichen Sinne auch nicht auf Kosten sitzen.

Vorsitzender Oliver Friederici: Ich danke auch Ihnen! – Herr Staatssekretär Tidow für den Senat noch einmal abschließend, bitte sehr!

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Vielen Dank! – Ich will noch mal etwas grundsätzlicher abschließen, weil auf den Antrag des Abgeordnetenhauses oder genauer gesagt, die Anträge, hingewiesen worden ist, nämlich das System in Berlin zu erhalten. Wie es bei vielen Anträgen ist, es ist eine für uns maßgebliche politische Willensbekundung des Abgeordnetenhauses, die aber vom Status nicht geltendes Recht außer Kraft setzen kann. Insofern haben wir uns nach Kräften bemüht, und ich würde auch sagen, erfolgreich bemüht, denn im Ergebnis ist das berlinweite einzigartige Holsystem erhalten geblieben, allerdings in einem reduzierten Umfang, aber es ist erhalten geblieben, anders als sich das andere Akteure und auch die Dualen Systeme vielleicht vorgestellt haben.

Damit komme ich zu dem Punkt, der mehrfach angesprochen worden ist: Gibt es einen Zusammenhang mit den Nebenentgelten und dem Sammelsystem? – Denn in Ihrer Frage war mindestens insinuiert oder es hätte der Eindruck erweckt werden können, wenn wir nicht so scharf auf die Nebenentgelte gewesen wären, hätte auch alles in Berlin bleiben können, wie es ist. – So ist es nicht, weil die beiden Sachen zwar, das ist richtig, auch miteinander besprochen worden sind, aber zwei unterschiedliche Materien sind und wir nach wie vor in der Situation geblieben wären. Auch wenn man gesagt hätte bei den Nebenentgelten: Wir akzeptieren, dass die Dualen Systeme nicht zahlen –, hätten wir trotzdem rechtlich keine Möglichkeit gehabt, das Holsystem einzufordern, weil, und das können Sie mir tatsächlich glauben, nicht nur die jetzige Landesregierung, sondern auch die davor wirklich viel unternommen hat, auf die

Dualen Systeme einzuwirken – bis hin, das hatte ich auch schon mal gesagt, zu der Drohung, die Systemgenehmigung zu entziehen. Aber auch selbst das hat nicht geklappt. Insoweit können Sie mir wirklich glauben, dass die Exekutive bemüht war, den Willen des Abgeordnetenhauses umzusetzen, aber am Ende nur im Rahmen des rechtlich Möglichen handeln kann. Insoweit gab es gar keine Alternative, was das Altglas betrifft. Es hätte aber dazu geführt, dass viele wichtige Projekte der Umweltbildung, der Abfallbildung, die wir gemeinsam, auch über die Stiftung Naturschutz, eigentlich wichtig finden, dann nicht hätten laufen können.

Zur Fußläufigkeit: Wir haben aus den Fehlern der Vorjahre gelernt, und das ist, glaube ich, auch noch mal sehr deutlich geworden, dass sehr behutsam und mit Augenmaß die Umstellung angegangen und auch die Frage der 300 Meter, das ist gerade bei Herrn Haupt noch einmal deutlich geworden, sehr ernst genommen worden ist. Was ich mir vorstellen kann, ist, dass es immer noch viele Gebiete gibt, die weder an das eine noch an das andere System angeschlossen sind, und wenn da irgendwo ein Depotcontainer aufgestellt wird, was an sich eigentlich begrüßenswert ist, Leute im Umkreis das Gefühl haben, auch hier hätte einer in 300 Metern Entfernung aufgestellt werden können – dass da vielleicht ein Missverständnis auftaucht. Aber das kann man sich noch mal genau angucken.

Zum Abschluss noch einmal: Wir sind sehr interessiert daran, an die Supermärkte heranzutreten. Wir halten das eigentlich für eine gute Möglichkeit, im Sinne der Qualität und des Services gerade auf Parkplätzen zusätzlich Depotcontainer aufzustellen, ohne dass damit neue Abzüge verbunden sind. Herr Buchholz hat darauf hingewiesen, eigentlich wäre das vom System her auch das Logischste, weil das öffentliche Straßenland nicht automatisch das erfüllen muss, wozu eigentlich die Inverkehrbringer verpflichtet sind. Da will ich abschließend sagen: In dieser Logik ist natürlich auch die Holtonne eine Zumutung, dass nämlich private Leute genötigt sind, in ihren Hinterhöfen den Raum für die Sammlung zur Verfügung zu stellen. Das macht aber einfach noch mal deutlich, dass das Ganze seinen Ursprung hat in einem privatisierten Markt mit entsprechenden Logiken und rechtlichen Folgen. Wir haben versucht, im Rahmen der Gesetzgebung, da wo wir zuständig sind, darauf Einfluss zu nehmen. Am Ende kann es eigentlich nur bundespolitisch geregelt werden, um hier sozusagen nach vorne zu kommen und Bequemlichkeit und Sammelqualität sozusagen in eins besser zu erreichen. – Danke sehr!

Vorsitzender Oliver Friederici: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Herr Thürmer und Herr Haupt, wir danken Ihnen als Ausschuss sehr, dass Sie heute hier zur Anhörung bei uns waren und für die sehr informativen Auskünfte gesorgt haben. Wir wünschen Ihnen beiden alles Gute, kommen Sie weiter gesund durch unsere Zeit! – [Allgemeiner Beifall] – Zu TOP 5 a und b schlage ich Ihnen vor, dass diese beiden Tagesordnungspunkte vertagt werden, bis das Wortprotokoll vorliegt. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.